

Antrag

der Abgeordneten Ulla Lötzer, Dr. Barbara Höll, Eva Bulling-Schröter, Sevim Dagdelen, Harald Koch, Ralph Lenkert, Dorothee Menzner, Richard Pitterle, Dr. Herbert Schui, Sabine Stüber, Dr. Axel Troost und der Fraktion DIE LINKE.

Opel - Zukunftsfähige Arbeitsplätze statt Standortwettlauf

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Verhandlungen über staatliche Garantien für den Sanierungskredit an Opel befinden sich in der entscheidenden Phase. Auf dem Rücken der Beschäftigten wurden die Verhandlungen durch die Bundesregierung unnötig verzögert. Seit die Herauslösung von Opel aus dem Mutterkonzern gescheitert war, hat General Motors (GM) freie Hand um europäische Standorte gegeneinander auszuspielen. Im Wochenrhythmus werden vage Produktionszusagen für Modelle wie den Zafira oder das Elektroauto Ampera gegenüber Regierungen und Gewerkschaftsvertretern in Aussicht gestellt und dann widerrufen.

Verantwortung für diese Entwicklung trägt neben dem GM Management vor allem die Bundesregierung. Zunächst hat sie im Alleingang GM mit einem Überbrückungskredit das Überleben gesichert, ohne Bedingungen daran zu formulieren. Auch jetzt bindet sie die Vergabe von Bürgschaften an keinerlei Vorgaben zur Beschäftigungs- und Standortsicherung. Sie verweigert ein industriepolitisches Zukunftskonzept für die Automobilindustrie, das auch bei Opel den Erhalt von Standorten und Arbeitsplätze sowie den Umbau zu einem Mobilitätskonzern ermöglichen würde.

Statt Gespräche mit den anderen betroffenen Regierungen in Europa über gemeinsame Bedingungen und Konzepte zu führen, ermöglicht die Bundesregierung dem GM Management das Ausspielen der europäischen Regierungen untereinander um Mittel und Standorte. Von den Beschäftigten erwartet sie mit GM demgegenüber den Verzicht auf tarifliche Leistungen in Millionenhöhe und die Zustimmung zu einem Abbau von bis zu 10.000 Arbeitsplätzen in Europa.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

umgehend und in Abstimmung mit den betroffenen Bundesländern die Bereitstellung von Bürgschaften und öffentlichen Mittel unter folgenden Bedingungen zu beschließen:

- GM garantiert Standort- und Beschäftigungssicherung und die Bereitstellung ist mit den Betriebsräten der betroffenen Standorte abgestimmt.
- Die Bundesregierung muss umgehend und auf Ebene des EU-Ministerrates über eine gemeinsame Zukunft für die europäischen Opel-Standorte beraten und das weitere Vorgehen verbindlich festlegen. Gewerkschaften und Belegschaftsvertreter sind an den Gesprächen zu beteiligen.

- Öffentliche Gelder von Bund und Ländern werden als Beteiligungen gewährt, die mit Mitspracherechten in der Unternehmenssanierung verbunden sind.
- Es wird von GM sichergestellt, dass die öffentlichen Gelder nur für die europäischen Standorte genutzt werden.
- Die Bundesregierung wird aufgefordert einen Beirat einzurichten, in den Vertreter des Bundestages, der betroffenen Landtage, der Gewerkschaften, der Automobilindustrie, von ökologischen Organisationen und von Hochschulen eingebunden sind. Dieser Beirat wird beauftragt ein industriepolitisches Konzept für die Automobilindustrie zu entwickeln. Ziel ist die Entwicklung alternativer Produktfelder, wie z. B. umweltfreundlicher Fahrzeuge, integrierter Verkehrssysteme oder von Umwelt- und Effizienztechnologien.
- Die öffentlichen Mittel und der öffentliche Einfluss werden genutzt, Opel in diesem Sinne zu einem umweltfreundlichen Mobilitätskonzern umzubauen. Dabei erhalten die Betriebsräte umfangreiche Mitbestimmungsrechte.

Berlin, den 20. April 2010

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

elektronische Vorab-Fassung*